

Herrn
amtsführenden Stadtrat
der Geschäftsgruppe
Finanzen, Wirtschaft, Arbeit,
Internationales und Wiener Stadtwerke
KommR Peter Hanke

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Maximilian Krauss, MA (FPÖ), Mag. Ulrike Nittmann (FPÖ), Anton Mahdalik (FPÖ) und Ing. Udo Guggenbichler, MSc (FPÖ) an Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke KommR Peter Hanke zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke) für den Gemeinderat am 27.11.2023 - 28.11.2023.

Keine weiteren EU-Gelder für Ukraine

Die Ukraine wird immer mehr zum Fass ohne Boden und dennoch möchte das EU-Parlament der Ukraine eine 50 Milliarden Euro schwere Hilfsfazilität zukommen lassen. Leider sei dem ehemaligen Kommissionspräsidenten Juncker zuzustimmen, wenn er meinte: „Wer mit der Ukraine zu tun gehabt hat, der weiß, dass das ein Land ist, das auf allen Ebenen der Gesellschaft korrupt ist.“ Ein Bericht des Europäischen Rechnungshofs vom November 2021 komme unter der Überschrift „EU-Hilfe für Reformen ist unwirksam gegen Korruption auf höchster Ebene“ zu einem ähnlichen Ergebnis. Die Prüfer hatten damals nicht nur massive Korruption auf allen Ebenen in der Ukraine festgestellt, auch mit Kritik an der EU-Kommission wurde nicht gespart: „Doch die Kommission sei bei ihrer Bewertung oft zu großzügig gewesen, was zu übertrieben positiven Einschätzungen geführt habe.“ „Offensichtlich ist die Kommission nicht bereit dazuzulernen. Im Gegenteil, jetzt werden enorme Summen ohne effektive Kontrolle überwiesen“.

Fast wöchentlich werde ein neuer Korruptionsfall in der Ukraine öffentlich. Dabei habe die Verwicklung des ukrainischen Präsidenten in die Affäre um Off-Shore-Konten - bekannt als „Pandora Papers“ - gezeigt, dass die Verstrickungen bis ganz nach oben reichten. Es ist unverantwortlich, 50 Milliarden Euro an ein zutiefst korruptes Land zu verschenken, während die EU-Bürger immer stärker unter der Wirtschaftskrise und der verantwortungslosen EU-Politik leiden müssen.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates nachfolgenden

Beschlussantrag

Der Wiener Gemeinderat spricht sich gegen die Vergabe weiterer Finanzmittel an den Nicht-EU-Staat Ukraine durch die EU aus.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

